

Die politische Wende von Zürich : Nachlese und Vorrede zugleich

Autor(en): **Rufer, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339880>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ger Abhängigkeit gelöst werden muss. Der Wohnungsbau ist also weder eine ausschliessliche Bundes- noch eine ausschliessliche Kantons- oder Gemeindeaufgabe.

Man redet von weniger Bund und meint damit weniger staatliche Wohnbauförderung, man meint die Reprivatisierung des Wohnungsbaus.

Die SPS war wesentlich beteiligt an der Gründung der «Aktionsgemeinschaft für eine wirksame Wohnbauhilfe», die den Kampf gegen diesen Schildbürgerstreich des Bundesrates mit Vehemenz aufgenommen hat.

Am Städtetag sollen Verbesserungsvorschläge für eine wirkungsvolle Wohnbauhilfe, sollen insbesondere Massnahmen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen erarbeitet werden.

Die Stellung des Mieters verbessern

Die politischen Auseinandersetzungen bezüglich des Mieterrechtes sind auf Bundesebene vorprogrammiert. Zur Diskussion stehen die Revision des Miet- und Pachtrechtes sowie die erst kürzlich eingereichte Mieterschutzinitiative, die einen verbesserten Schutz der Mieter vor unangemessenen Mietzinsen und vor ungerechtfertigten Kündigungen zum Ziel hat. Das Szenario der politischen Auseinandersetzung ist bekannt: Die Lobby des Hauseigentümergebietes wird die alte Platte auflegen und sich dafür einsetzen, dass das Eigentum und vor allem das Spiel mit den damit verbundenen Abhängigkeiten (Monopoly) gewährleistet bleibt. Uns kann dieser Verband als Partner nicht interessieren, wir wollen uns an Bauträger und Hauseigentümer wenden, die fortschrittlich und mieterfreundlich gesinnt sind.

Am Städtetag sollen Modelle diskutiert werden, die die Vorteile des Mieterstatus mit den Vorteilen der Sicherheit des Wohnungs- oder Hauseigentums zum Eigengebrauch verbinden.

Verbesserter Kündigungsschutz, verlängerte Kündigungsfristen für die Vermieter, alternative Möglichkeiten der Erteilung von Wohn- oder Vorkaufsrechten, tragbare Möglichkeiten bezüglich der Kapitalbeteiligung der Mieter (z.B. als Genossenschaftler), Randbedingungen für die Möglichkeiten, innerhalb der Wohnung Veränderungen vorzunehmen, ein breites Spektrum von Fra-

gen, die mit einem «neuen» Status des Bewohners im Zusammenhang stehen könnten. Das Ziel des Dialoges, der im Zusammenhang mit der Stellung des Mieters, aber auch mit dem Willen, die Begriffe Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Solidarität im Rahmen der Genossenschaftsbewegung unter einen Hut zu bringen geführt werden soll, ist ein sich Besinnen auf Fortschritte, die heute und morgen realisiert und vorgelebt werden können.

Auf Verbesserungen, die zu erreichen sind, die abseits vom politischen Clinch der Verbände und Parteien Modellcharakter haben könnten.

Peter Rufer

Die politische Wende von Zürich

Nachlese und Vorrede zugleich

So tun, als sei der bürgerliche Wahlerfolg in den Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen nur die Folge einer momentanen Schwäche der SP aufgrund einer verfehlten Politik der SP-Leitung über die Köpfe ihrer Basis hinweg, heisst die politische Wendung der führenden Kräfte innerhalb des Bürgertums nicht erkennen zu können oder zu wollen. Versuche, SP-Wahlschlappen auch ausserhalb Zürichs nur als Ausstrahlung des zürcherischen Hauskraches zwischen SP und Gewerkschaften zu deuten, zeigen ebenfalls, wie auch dort die bürgerliche Kursänderung nicht zur Kenntnis genommen wird. Die Wende innerhalb des Bürgertums liegt darin, dass die bisherige Praxis, Politik als zähes Ausmarchen zwischen ver-

schiedenen politischen Kräften anzuerkennen, zu Gunsten einer direkteren Durchsetzung eigener Vorstellungen aufgrund klarer, bürgerlicher Mehrheiten, aufgegeben wurde.

Diese Entwicklung wurde schon seit Jahren und Jahrzehnten von rechtsbürgerlichen Gruppierungen, Aktionskomitees und Politikern vorgezeichnet. Beharrlich und zäh wurde ein Zerrbild unseres Staates als eines von zu kompromissbereiten bürgerlichen Politikern, verbeamteten, die Wirtschaft hemmenden und den Leistungswillen brechenden Wohlfahrtsinstitut gezeichnet. Hatten diese Vorstellungen über Jahre hinweg ein Randdasein in Inseraten und Kolumnen gefristet, so konnten sie dem Bürger plötzlich schmackhaft gemacht wer-

den, indem vor allem und fast nur der Aspekt von der Wiederherstellung der gestörten Ruhe und Ordnung in den Vordergrund gestellt wurde.

Gleichsam mit der an sich berechtigten Forderung, Politik solle nicht auf der Basis zerbrochener Schaufensterscheiben aufgebaut werden, zogen aber Kräfte ein, die den Wunsch nach Ruhe und Ordnung nur als Vehikel für ihre ihnen viel wichtiger erscheinenden Zielsetzungen missbrauchten.

Bezeichnenderweise betreffen die ersten Erklärungen und Absichten der forsch und selbstbewusst auftretenden Bürgerlichen Zürcher Koalition, dass die Schwerpunkte ihrer Politik weniger in der im Wahlkampf so stark in den Vordergrund gestellten Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit liegen. Während die Fragen nach den Ursachen der Jugendunruhen vorderhand auf die lange Bank geschoben werden, wird der Schwung des Wahlsiegs sofort in den finanz- und personalpolitischen Bereich getragen. Personalstop, Budgetkürzungen und Verzicht auf Realloohnerhöhung zeigen, wie der Hase laufen soll.

Diese Kehrtwendung konnte erreicht werden, indem man nicht allein der SP und ihren zwei Kandidaten die Regierungsverantwortlichkeit absprach, sondern auch den kleinen, offenbar als nicht koalitionsfähigen oder -willigen Landesring heftig angriff. Die drei Gewerkschaftsvertreter erfreuten sich dagegen nicht nur der Schonung, die auf Spaltung der SP und der Gewerkschaften zielende Propaganda unterstützte sie indirekt sogar.

Dass man mit ihnen als ernsthafte Gegner nach dem Wahlkampf nicht rechnen musste, dies zeigen schon die bereits erwähnten ersten Regierungserklärungen. Ausgerechnet auf dem ureigensten Feld der Ge-

werkschaften (Lohnfragen) wurde schon klar und deutlich gezeigt, wieviel die drei Gewerkschafter noch zu sagen haben, nämlich nichts mehr. Das mag wohl bitter sein für das Gewerkschaftskartell, das sich durch die Absetzung von der SP zwar den Wahlsieg ihrer Vertreter sichern konnte, aber auch die SP kann sich ausrechnen, wie weit die drei Stadträte nach ihrer Behandlung durch die SP im Wahlkampf vorfeld noch bereit sein werden, sozialdemokratische Vorstellungen in den Rat hineinzutragen.

Es ist müssig darüber zu orakeln, ob eine einige SP zusammen mit den Gewerkschaften diese für sie unerfreuliche bürgerliche Kehrtwendung hätte vermeiden können. Eigentlich spricht überhaupt nichts dafür, denn es ist anzunehmen, dass sich die Jugendunruhen auch bei einer den Bürgerlichen nahen SP-Politik abgespielt hätte. Eine SP, Arm in Arm mit den bürgerlichen Ruhe und Ordnungspolitikern hätte vielleicht die vier Sitze halten können. Aber das bürgerliche Ziel war es ja auch, den Landesring auszuschalten, die Mehrheit wäre so oder so in den Händen der unter dominanter Führung des Freisinns stehender bürgerlichen Koalition geblieben.

Ob sich EVP oder CVP bei einer anderen SP-Haltung nicht mit dem Freisinn zusammenschlossen hätten? Wohl kaum, denn auch innerhalb dieser Parteien haben die rechten Kräfte Aufwind.

Die Bürgerliche Koalition will in Zürich ein wirtschafts- und gewerbefreundlicheres Klima schaffen. Neben konkreten Vorstellungen soll auch schon allein die durch die Tendenzwende positive Ausstrahlung zu diesem Ziele verhelfen. Ein neues, die Stadt bejahendes Gefühl soll die Zürcher beseelen. Damit wird die Stadt Zürich dank dem Bürgerlichen Wahl-

erfolg zu einem eigentlichen Exerzierfeld jener bürgerlichen Kräfte, die über Jahrzehnte beharrlich, und wie sich zeigt mit Erfolg, gegen die im zähen Ringen zwischen Bürgerlichen, Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften gewachsenen Strukturen Sturm gelaufen sind.

Das Schlagwort von «Mehr Freiheit — weniger Staat», die Verächtlichmachung der Parlamente als Schwatzbuden von Beamten und linker, wirklichkeitsfremder Intellektueller, die Trennung der Arbeiterbewegung in gute Gewerkschafter und böse Sozialisten, die harten Angriffe auf den «weichen» Stadtpräsidenten und den unfähigen, keine Mehrheiten aufweisenden Stadtrat, die Verunglimpfung der SP als Drahtzieher der Jugendunruhen, dies alles hat sich in politische Münze einwechseln lassen.

In der Person von Stadtpräsident Thomas Wagner fand sich der freisinnige Macher, der nicht nur dem rechtsbürgerlichen Anforderungsprofil genügte, als Verfechter eines harten Kurses gegenüber der Bewegung musste er dem verunsicherten Bürger auch als wahrer Retter in der Not erscheinen.

Ob die bürgerlichen Systemveränderer auf die Dauer Erfolg haben werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die SP und die Gewerkschaften wieder bereit sind, politische Kleinarbeit zu leisten. Weder akademisches Feilschen um die letzte Wahrheitsstelle nach dem Komma, noch ängstliches Schielen, ob man bei dem einstigen Partner in der Politik, dem Bürgertum, auch ja nicht in den Ruch linker Vorstellungen gerät, hilft jetzt. Beide Gruppen haben, obschon mit unterschiedlicher Auffassung in den Wahlkampf gezogen, im Grunde nur verloren. Die SP, nun erstmals in Zürich wirkliche Oppositionspartei,

wird am eignen Leibe nun erfahren, ob dies wirklich der Jugendbrunnen der Politik sei. Die Gewerkschaften werden beweisen müssen, ob die auf Sozialpartnerschaft aufgebaute Haltung genügend Standfestigkeit gegenüber einer Gewerbe und Industrie freundlich gesinnten Mehrheit besitzt. Sich nun aber gegenseitig den

Schlamassel in die Schuhe zu schieben, kann nur jene politische Kräfte stärken, die davon allein profitieren: Das extreme Bürgertum.

In Zürich jedenfalls sind die rechten Systemveränderer angetreten, ihnen das Feld auch auf eidgenössischer Ebene zu überlassen, wäre mehr als nur verhängnisvoll.

derholt und sich offen auf die Seite des Fortschritts stellt, sammelt er ein erhebliches politisches Kräftepotential. Es saugt bis zu einem gewissen Grad auch Kräfte auf, die man vorerst nicht als konservativ bezeichnen würde, die aber gewisse Aspekte des technokratischen Fortschrittsbegriffs teilen. Das ist der Grund, weshalb der technokratische Konservatismus die Auseinandersetzungsebene vorgibt, wenn wir die heterogenen Gruppen der Alternativbewegung, die zunächst lediglich eine an Lebenssicherungsthemen wie Umwelt und Frieden entfachte Wachstumskritik einigt, als nichtkonservativ und fortschrittlich verteidigen wollen. Nun könnte man scheinbar ohne grosse Not die Wörter «konservativ» und «fortschrittlich» verschenken, sogar auf sie verzichten, womit dann die «alte» Politik stillschweigend vergessen wäre. Solange wir indessen das, was «Wendung zum Besseren» heisst, mit dem Begriff «Fortschritt» identifizieren, worin sich der Wortgebrauch der Alternativbewegung vom herkömmlichen nicht unterscheidet, kann uns der Streit um den Fortschritt nicht gleichgültig lassen. Fortschritt wollen alle; der eigentliche Streitpunkt liegt tiefer: Es geht um den Inhalt des Fortschrittsbegriffs.

Technokratischer Konservatismus

Der technokratische Konservatismus hat in dieser Frage un-zweideutig Stellung bezogen. Er übernimmt die Rationalität der technischen Entwicklung ungefragt als Leitlinie für politisches und gesellschaftliches Handeln. Das Ideologische daran ist die Verweigerung, den quasi-natürlichen Selbstlauf des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts mit den strukturellen Gegebenheiten

Heinz Kleger: Der Streit um den Fortschritt

Sachzwänge sind Denkwänge

Theoretischer Versuch über den Stellenwert der Alternativbewegung

In der gegenwärtigen Politik lassen sich drei Konservatismen unterscheiden:

1. Die konservative Kritik am Wohlfahrtsstaat, vorgetragen aus altliberaler Optik, die den Staat lediglich als Garant äusserer Sicherheit und innerer Ruhe und Ordnung gelten lässt.

2. Davon sind die traditionellen Muster konservativer Demokratiekritik zu unterscheiden, die sich gleichursprünglich mit dem philosophischen Rationalismus herausbildeten und auf Volkssouveränität, Pluralismus und Gleichheit reagierten. Dieser Altkonservatismus ist politisch randständig geworden. Obwohl er nur noch bei einzelnen Personen ausdrücklich auftaucht, bleibt er dennoch virulent als dumpfes Gefühl einer Skeptis gegenüber der Demokratie.

3. Davon ist wiederum der technokratische Konservatismus zu unterscheiden, der die prinzipielle Kritik an der Aufklärung hinter sich lässt. Der technokratische Konservatismus verhilft dem ökonomisch-technisch-wissenschaftlichen Fortschritt ideologisch zum

Durchbruch. Auf derselben Linie bewegen sich die traditionellen, insbesondere real gewordenen Sozialismus-Vorstellungen, obschon spezifische Ziele hinzutreten. In polemischer Fremdkennzeichnung lässt sich das Konservative gleichwohl unmissverständlich festmachen: Es haftet den verselbständigten Methoden an, die zu Denkwängen erstarrt, allgemein geteilte Fortschrittsziele akut bedrohen.

Es ist nicht einerlei diese drei konservativen Positionen auseinanderzuhalten, wenngleich es Überschneidungen und Allianzen bei einzelnen Argumentationsgängen gibt, die wir aber hier nicht weiter aufschlüsseln wollen. Erst vor diesem Hintergrund kann man erkennen, dass die politische Auseinandersetzung heute dem technokratischen Konservatismus gilt, während die beiden anderen Positionen Restbestände früherer Zeiten darstellen, die freilich reaktualisierbar bleiben.

Indem der technokratische Konservatismus das kulturkritische Lamento des Altkonservatismus nicht einfach wie-